

Beschluss der Bundeskonferenz 2026

Mehr Soziales statt Bundeswehr. Nein zu verpflichtendem Wehrdienst

Antragstellende: BDAJ Bundesvorstand

Die Bundeskonferenz des Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) beschließt:

1. Der BDAJ fordert die Bundesregierung auf die Reaktivierung der Wehrpflicht sowie jede Form staatlicher Dienstpflicht unverzüglich zu stoppen.
2. Der BDAJ fordert die Bundesregierung auf die verpflichtende Erfassung junger Menschen durch Online-Fragebogen und verpflichtende Musterung zurückzunehmen
3. Der BDAJ setzt sich dafür ein, dass das Recht auf Freiwilligkeit und Selbstbestimmung junger Menschen durch die Bundes- und Landesregierungen uneingeschränkt gewährleistet wird.
4. Der BDAJ fordert die Bundesregierung auf einen freiwilligen Wehrdienst und freiwilliges gesellschaftliches Engagement konsequent auszubauen statt durch Zwang zu ersetzen.

Erläuterung:

Nach über 50 Jahren wurde 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt. 14 Jahre später leitete die Bundesregierung mit dem am 27. August 2025 beschlossenen Wehrdienstmodernisierungsgesetz faktisch eine Reaktivierung der Wehrpflicht ein.

So sollen zum Jahresbeginn 2026 alle Jugendlichen, die nach dem 31. Dezember 2007 geboren sind, einen Online-Fragebogen der Bundeswehr ausfüllen. Dieser umfasst umfangreiche persönliche Angaben. Für volljährige Personen mit männlichem Geschlechtseintrag sind die Beantwortung und eine Bereitschaftserklärung verpflichtend. Dies wird ergänzt durch eine ab dem Juli 2027 geltende, verpflichtende Musterung für alle männlichen 18-Jährigen.

Diese Maßnahmen schaffen erheblichen Druck auf junge Menschen und stellen einen klaren Schritt weg von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung in den Pflichtdienst/Zwang dar. Ein Pflichtdienst greift nicht nur tief in die individuelle Freiheit junger Menschen ein, vielmehr beschneiden sie das Recht junger Menschen selbst über ihren Lebensweg und ihr gesellschaftliches Engagement zu entscheiden.

In Anbetracht der steigenden Kosten würde ein Pflichtdienst vor allem junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten treffen. Sie verfügen über geringere Möglichkeiten sich einer Verpflichtung zu entziehen und werden zugleich wirtschaftlich in Richtung Wehrdienst gedrängt.

Freiwilligendienste hingegen eröffnen Perspektiven, ermöglichen Orientierung und stärken die sozialen Fähigkeiten junger Menschen. Eine Dienstpflicht würde diese Chancengerechtigkeit umkehren und bestehende Ungleichheiten weiter verstärken.

Eine Studie der Universität Hamburg¹ zeigt, dass fast 20 Prozent der unter 30-jährigen Interesse an einer freiwilligen militärischen Ausbildung haben. Dieses Interesse übersteigt bereits heute die bestehenden Ausbildungskapazitäten der Bundeswehr. Statt diesen Befund zum Anlass zu nehmen, strukturelle Defizite wie unzureichende Vergütung, prekäre Wohnsituationen und mangelnde Vereinbarkeit

¹ Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2025). Wehrpflicht oder Freiwilligendienst?

Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht“ nach der Zeitenwende. UHH MOTRA Spotlight No. 14. Hamburg: Universität Hamburg.

mit Ausbildung oder Studium zu beheben, setzt die Bundesregierung auf Zwangsmaßnahmen. Die Einführung von Pflichtinstrumenten verdeutlicht damit weniger einen tatsächlichen Mangel an Bereitschaft junger Menschen, sondern vielmehr das Versäumnis, attraktive und selbstbestimmte Rahmenbedingungen für einen freiwilligen Dienst zu schaffen.

Grundsatz muss daher sein: **Recht auf Freiwilligkeit statt Pflicht zum Dienst!**